



A 10940  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
ENTGELT BEZAHLT

**GRÜNE LIGA** Netzwerk  
Ökologischer  
Bewegungen

LIGA LIBELL 155

30. SEPTEMBER 2015

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

## Stoppt Massentierhaltung und Fluglärm! Volksbegehren haben begonnen

Seit dem 15. Juli ist es wieder auf der Straße- das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg möchte mit der Unterstützung von 80.000 gültigen Stimmen erneut zentrale Forderungen an die Landesregierung in den Brandenburger Landtag einbringen: das Verbot des Abschneidens von Schnäbeln und Schwänzen bei der Nutztierhaltung (Kupieren), eine Politik der Landwirtschaftsförderung ausschließlich zugunsten der artgerechten Tierhaltung, ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände und die Berufung einer / eines Landestierschutzbeauftragte(n), die Verschärfung von Grenzwerten bei der Immission von Gülle und Ammoniak und die Reduzierung des Gebrauchs von Antibiotika über entsprechende Bundesratsinitiativen des Landes Brandenburg. Die Herausforderung: Anders, als in der ersten Stufe des Volksbegehrens dürfen die Unterschriften nicht direkt auf der Straße gesammelt werden. Brandenburger/innen können das Volksbegehren nur unterstützen, indem sie entweder direkt bei der für die zuständigen amtlichen Eintragungsstelle unterschreiben oder sich den Unterschriftenbogen per Post nach Hause schicken lassen. Damit das Volksbegehren dennoch ein Erfolg wird, haben die Initiatoren dazu eine



Briefeintragungskampagne gestartet: Aktive aus dem Bündnis sammeln auf der Straße bei vielen Veranstaltungen Anträge auf Zusendung der Briefeintragungsunterlagen. Eine Übersicht über bereits organisierte Sammlungen gibt es unter: [www.agrarwen.de](http://www.agrarwen.de). Unter [www.volksbegehren-massentierhaltung.de](http://www.volksbegehren-massentierhaltung.de) gibt es ein Onlinetool, mit dem sich jede und jeder mit wenigen Schritten den Unterschriftenbogen vom Amt bestellen kann. Das Aktionsbündnis sucht deshalb zur Unterstützung aktive Mitstreiter/innen, die sich über das Onlinetool die Unterlagen bestellen, das Onlinetool schnell in Ihren Netzwerken verbreiten, sich darüber hinaus bei der Kampagne melden, um das Volksbegehren aktiv bei der Samm-

lung auf der Straße zu unterstützen, tatkräftig Verantwortung übernehmen, um z.B. Flyer in Bioläden auszulegen und Plakate aufzuhängen oder eine Mobilisierungsgruppe in ihrer Region bilden, um gemeinsam vor Ort für das Volksbegehren zu kämpfen. Wer das Volksbegehren unterstützen möchte, wird gebeten, sich dringend zu melden unter:

Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg, BUND Brandenburg  
Friedrich Ebert Straße 114a  
14467 Potsdam

Mail: [bund.brandenburg@bund.net](mailto:bund.brandenburg@bund.net)

■ Jens Martin Rode

### Keine 3. Startbahn

Das Volksbegehren gegen eine dritte Startbahn am BER ist gestartet. Eine 3. Startbahn würde noch mehr Flugverkehr erzeugen und dies soll bereits jetzt vorbeugend verhindert werden. Sie wird das Gebiet der betroffenen Gemeinden vergrößern und wird dabei keine einzige entlasten. Fluglärm stresst. Weitergehende Hinweise und die Möglichkeit die Briefwahlunterlagen zu downloaden gibt es unter:

[www.stimme-gegen-fluglaerm.de](http://www.stimme-gegen-fluglaerm.de)

■ Norbert Wilke

« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »

SEIT DEM 15. JULI 2015 LÄUFT DAS VOLKSBEGEHREN GEGEN MASSENTIERHALTUNG

[WWW.MASSENTIERHALTUNG.DE](http://WWW.MASSENTIERHALTUNG.DE)

# Kiezgärten in Berlin



Apfelbaum in einem Kiezs Garten in Berlin

Foto: Norbert Wilke

Die GRÜNE LIGA Berlin sucht bis zum 30. September im Rahmen des Wettbewerbs „Urbane Paradiese – unsere grünen Stadträume“ die schönsten Kiezs Gärten Berlins. Der Mietergarten ROSI in Berlin-Mitte und der Kiezs Garten Schliemannstraße (Prenzlauer

Berg) zeigen beispielhaft wie urbanes Gärtner in der Praxis funktionieren kann.

### Der Mietergarten ROSI

In Berlin-Mitte ist die Sanierung des „Rosenthaler Quartiers“ an der Ecke Rosenthaler Straße/ Gipsstraße mit 90 Wohnungen abgeschlossen. Der grüne Innenhof wird seit März nach und nach zur grünen Stadtoase. 15 Familien bauten auf einer ungenutzten Freifläche 16 Hochbeete, in denen jetzt Salat, Tomaten, Kräuter, Erdbeeren und vieles mehr wachsen. Im Projekt Mietergarten ROSI arbeitet die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) unter anderem auch mit der GRÜNEN LIGA Berlin zusammen. Der Umweltverband pflanzte dort am 20. März zum Start des Wettbewerbs „Urbane Paradiese“ den ersten Baum. Gemeinsam gärtner, sich kennenlernen sowie Nachbarschaft leben das möchte die WBM fördern und unterstützt die ROSI-Gärtner/innen. Das kommunale Wohnungsunternehmen bezahlt das Wasser zum Gießen, Material für die Hochbeete, Muttererde und Gartengeräte. Viele Informationen und Tipps erhielten die Hofgärtner/innen auch in zwei Seminaren der GRÜNEN LIGA. Leider gibt es in so großen Wohnanlagen auch immer wieder Mieter/innen, die sich von aktiven Hausgemeinschaften gestört fühlen. Deshalb wurden vor dem neuen Garten vier Bäume gepflanzt. Als Sichtschutz, wie ein Hofgärtner sagt. Langfristig möchte sich die WBM aus dem Projekt

zurückziehen und gibt die pflegerische Verantwortung in die Hände der Mieter/innen. So kann sich der Mietergarten ROSI nach den Anforderungen und Bedürfnissen aller Beteiligten kontinuierlich weiterentwickeln. Bei positiver Entwicklung soll dieser Garten in Berlin-Mitte einen Modellcharakter für die Entwicklung weiterer Gemeinschaftsgärten in anderen Wohnobjekten der WBM haben.

### Der Kiezs Garten Schliemannstraße

Vor 15 Jahren entstand im Helmholtzkiez (Schliemannstraße 8, Prenzlauer Berg) als Ergebnis des Jugendwettbewerbs „Ideen für den Kiez“ der 300 Quadratmeter große „Kiezs Garten Schliemannstraße“. Der Bezirk Pankow stellte eine Fläche mit Wasseranschluss und ausgetauschtem Boden zur Verfügung. 2003 wurde dann zum ersten Mal ausgesät und gepflanzt. Betreiber dieses urbanen Gartens ist ein soziales Nachbarschaftsprojekt von zwölf Leuten, also kein Verein. Der Kiezs Garten Schliemannstraße versteht sich zum Teil politisch als Teil der urbanacker-Bewegung (zum Beispiel Allmende-Kontor auf dem Tempelhofer Feld). Heute wachsen in diesem Garten Beerensträucher, Kräuter, Obstbäume, Stauden sowie Gemüse und Blumen. Etwa 80 Prozent sind Nutzpflanzen. Es gibt keine durch Zäune abgegrenzten Parzellen, allen gehört alles – auch die Ernte. Streit gab es bisher noch nicht, so Kerstin Stelmacher, von Anfang an dabei und Ansprechpartnerin für die Anwohner/innen. Diskutiert wird lediglich über den Anbau alter Sorten, Fruchtfolgen, ökologisches Saatgut und Biodiversität. Ein Dutzend Erwachsene fühlen sich für Gießen und Unkrautzupfen verantwortlich. Mitmachen kann jeder. Die Hobbygärtner/innen kommen aus verschiedenen Ländern, der älteste von ihnen ist mittlerweile 70 Jahre alt.

■ Jochen Mühlbauer

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus DER RABE RALF, Ausgabe August/September 2015

INHALT	
SEITE 2	Kiezs Gärten in Berlin
SEITE 3	Zum Baumschutz in Potsdam
SEITE 4	Märchen vom Wohlstand der Kohle bricht zusammen
SEITE 5	Volksbegehren gegen Massentierhaltung
SEITE 6	Wenn Konzerne den Protest managen
SEITE 8	Bevölkerung sagt mehrheitlich Nein zu TTIP
SEITE 10	Rückblick auf die Krötenwandersaison 2015

## Zum Baumschutz in Potsdam

Im Januar startete der Stadt-Umland-Wettbewerb in Potsdam und einigen angrenzenden Gemeinden. Wettbewerbsbeispiele und Strategiepapiere wurden erstellt und vorgeführt. Die Anwesenden bei der Präsentation waren sich einig, dass insbesondere der Schutz, Ausbau und Erhalt der gewachsenen Kulturlandschaft im Vordergrund der Maßnahmen stehen muss.



Schwarzpappel Potsdam vor der Fällung

Foto: Norbert Wilke

Soweit die pure Theorie. Sobald es praktisch wird und die Behörden etwas Konkretes zum Schutz der Kulturlandschaft tun könnten, wehren sie sich vehement dagegen und befördern genau das Gegenteil. Ein aktuelles Beispiel hierzu ist die geplante Novelle der Potsdamer Baumschutzverordnung (PBSchVO) die im Winterhalbjahr durch das Stadtparlament gebracht werden soll. Potsdam hat eine gut funktionierende Verordnung, die Änderungsbemühungen werden seitens der Stadtverwaltung mit einer geänderten Rechtslage begründet. Bisher ist allerdings kein einziges Verfahren im Zuge der Baumschutzverordnung vor einem Gericht anhängig gewesen. Die Knackpunkte der neuen Verordnung sind die Reduzierung des Baumumfanges von 30 cm in 1,10 m Stammhöhe auf 60 cm in 1,00 m Höhe, die Freistellung aller Bäume von der Verordnung, die

sich im Abstand von weniger als vier Metern von der Hauswand befinden und die generelle Befreiung aller öffentlichen Grünanlagen, Friedhöfe und Parks im Stadtgebiet. Die Gefahr, dass Potsdam seinen „grünen Charakter“ verliert ist nicht von der Hand zu weisen. Auch im Wirkungsbereich der noch gültigen Verordnung kam es in diesem Jahr zu schweren Verfehlungen im Baumschutz. Erwähnt sei hier nur die Fällung einer alten, historischen Eiche an der Nedlitzer Straße, an die als Naturdenkmal geschützte Eiche an der Angermannremise und an die seltene Schwarzpappel am Umspannwerk an der Nuthe, die gefällt wurden. Dabei spielte der Schutzstatus, die Seltenheit oder die begonnene Brutsaison keine Rolle. Es liegt auf der Hand, dass eine weitere Lockerung des Schutzes zu weiteren, schweren Verlusten am Baumbestand führen wird. Ein Ziel der Verwaltung ist es wohl, die Anzahl der Verfahren dadurch einzudämmen, dass es fast keiner Genehmigungen zur Fällung mehr bedarf. Es ist ja bis heute nicht bekannt, welche Aufgaben die Unteren Behörden mit der Zerschlagung der Oberen Naturschutzbehörden zugewiesen bekommen. Peter Ernst betonte zurecht, dass es um die Novelle der Baumschutzverordnung und nicht um eine Behördenschutzverordnung geht.

Die GRÜNE LIGA hatte am 20. August zu diesem Thema in das Haus der Natur in Potsdam eingeladen. Die Referenten ,Dr. Achim Förster und Marco Schmidt, belegten in ihren Vorträgen die Notwendigkeit des Baumschutzes in Städten. Kühlung, Beschattung, Verdunstung, CO<sub>2</sub>-Speicherung sind nur einige der Gratisleistungen von Bäumen. Lars Schmä, Fachbereichsleiter Natur der Stadtverwaltung Potsdam, erläuterte die aus Sicht der Verwaltung notwendige Novelle und stand den 30 Teilnehmern lange Rede und Antwort. Der neue Entwurf der PBSchVO soll bereits Ende August veröffentlicht werden. Ein Antrag der GRÜNEN LIGA auf Akteneinsicht in den Verfahrensstand wurde seitens der Stadtverwaltung abgelehnt. Die aktiven Baumschützer wollen die

weitere Entwicklung der Verordnung konstruktiv begleiten. Eine Folgeveranstaltung für den Oktober ist in Planung. Dann sollen weitere Vorträge angeboten und auch Stadtverordnete hinzugezogen werden. Wenn die Baumschutzverordnung erst einmal der Öffentlichkeit vorgestellt wird, bleibt sicher nicht mehr viel Verhandlungsspielraum. Daher ist es wichtig, die Öffentlichkeit und



Schwarzpappel Potsdam nach der Fällung

Foto: Norbert Wilke

die politisch Verantwortlichen für den Baumschutz zu gewinnen. Potsdam möchte angesichts der weiteren Erwärmung, gerade in den Städten, mehr für den Klimaschutz tun. Die Stadt ist dabei ,tolle Projekte in diesem Bereich zu entwickeln. Ein wunderbares und sehr effektives Projekt wären die Beibehaltung der jetzigen Baumschutzverordnung und ein konsequent angewandter Baumschutz. ■ Norbert Wilke

### Unterschriftenlisten

Wer sich für den Erhalt des städtischen Grüns einsetzen möchte, kann sich unter 0331-201520 in der Geschäftsstelle der GRÜNEN LIGA melden. Es sind auch Unterschriftenlisten „Für wirksamen Baumschutz in Potsdam“ erhältlich. Diese werden auf Anfrage zugeschickt.

■ Norbert Wilke

# Märchen vom Wohlstand durch Braunkohle bricht zusammen



Demo gegen Braunkohle am Kraftwerk Jänschwalde

Foto: Norbert Wilke

Cottbus, 12.08.2015: Der Umweltverband GRÜNE LIGA kritisiert es als scheinheilig, wenn Brandenburger Politiker die Rückforderung von Gewerbesteuern des Jahres 2014 durch Vattenfall auf eine verfehlte Energiepolitik des Bundes zurückführen. „Die Gewerbesteuern aus der Braunkohle gehen schon seit Jahren zurück. Politiker wie Albrecht Gerber haben trotzdem das Märchen vom Wohlstand durch Kohle erzählt, um die Abbaggerung weiterer Brandenburger Dörfer durchzusetzen. Ein böses Erwachen gibt es jetzt nur bei denen, die der Kohlelobby bisher blind geglaubt haben,“ sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA Cottbus. Schuster weiter: „Im Jahr 2014 gab es keine politischen Einschränkungen der Kohleverstromung. Im Gegenteil: Vattenfall baggerte weiter auf Rekordniveau. Doch trotz der riesigen Fördermenge von 61,8 Millionen Tonnen kommt nichts mehr in den Lausitzer Kommunalkassen an.“ Noch im Juni 2014 versprach die Landesregierung beim Beschluss des Braunkohleplanes Welzow-Süd Teilfeld II jährlich allein durch diesen Tagebau und das Kraftwerk Schwarze Pumpe 40 Millionen Euro Steuereinnahmen für Land und Kommunen (S. 26 des im Amtsblatt veröffentlichten Braunkohlenplanes). Im gleichen Jahr sank diese

Zahl nun offenbar auf Null. Hier wurde wider besseren Wissens der Eindruck erweckt, Braunkohleverstromung könne dauerhaft Wohlstand in der Lausitz sichern. Die Debatte um die bundesweiten Klimaschutzziele für das Jahr 2020 hatte auf die Steuern des Jahres 2014 keinerlei Einfluss. Sie fand erst 2015 statt und kann sich frühestens 2017 auf das Steueraufkommen auswirken. Zudem beschloss die Bundespolitik die von der Braunkohle-Lobby inklusive der Brandenburger Landesregierung vorgeschlagene Kapazitätsreserve anstelle des deutlich effektiveren Klimabeitrages.

■ Umweltgruppe Cottbus

## Einladung zur Mitgliederversammlung FV Mittlere Havel e.V.

Am Freitag, den 25. September ab 19.00 Uhr, findet im Dorfkrug Bochow die Mitgliederversammlung mit Bericht des Vorstandes zu aktuellen Vereinsplanungen mit Diskussion statt. Bereits um 17.00 Uhr treffen wir uns am Vogelbeobachtungsturm am Rietzer See, Zufahrt über Lehnin und Netzen

■ Chris Rappaport

## Der Förderverein Berliner

## Hauptstadtzoos e.V.

Eine Stadt – zwei Zoos – ein Förderverein: Im Jahr 1956 wurde die Gemeinschaft der Förderer des Berliner Tierparks gegründet. Ziel war es, den Tierpark ideell und finanziell zu unterstützen. Zahlreiche Anlagen im Tierpark wurden mit Unterstützung oder durch komplette Eigenleistung des Fördervereins gebaut oder umgestaltet. Seit 1991 ist die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH hundertprozentige Tochter der Zoo AG. Seit 2007 ist auch die zoologische Geschäftsführung der beiden Hauptstadtzoos in einer Person vereint. Dieses Ereignis war der Anlass, dass man in die Satzung auch die Förderung des Zoologischen Gartens Berlins aufgenommen hat und diesen, wie den Tierpark Berlin, aktiv unterstützt. Durch die Teilung Berlins sind zwei zoologische Einrichtungen von Weltrang entstanden, der Förderung dieser Tieroasen Berlins haben sich die Freunde der Hauptstadtzoos verschrieben. Damit profitieren beide tiergärtnerischen Einrichtungen in Berlin von den Aktivitäten des Fördervereins. In der Förderergemeinschaft für die Hauptstadtzoos können sich die Freunde von Tierpark und Zoo Berlin ehrenamtlich engagieren und somit an der Entwicklung beider Einrichtungen aktiv teilhaben. Der Förderverein unterstützt auch verschiedene Artenschutzprogramme, wie zuletzt für den Sundagavial, die Ugandagiraffe oder aktuell die Großtrappe in Brandenburg.

Kontakt:  
Gemeinschaft der Förderer von Tierpark Berlin und Zoologischer Garten Berlin e.V.  
Am Tierpark 125  
10319 Berlin  
info@freunde-hauptstadtzoos.de  
www.freunde-hauptstadtzoos.de

# Zur geplanten Verwaltungsreform im Land

Nicht vor, aber seit der Landtagswahl 2014 wird im Land Brandenburg wieder intensiv über eine Verwaltungsreform diskutiert. Im Mai legte das Innenministerium „Leitlinien“ vor. Anfang September startete der Innenminister einen „Bürgerdialog.“ Dabei will er bis Ende Oktober alle 18 Landkreise, bzw. kreisfreien Städte, aufsuchen und in „Dialog mit den Bürgern“ treten.

Nun könnte es uns als Umweltverband ja egal sein, wieviel Landkreise Brandenburg künftig haben wird und wie die zugeschnitten sein werden (mal abgesehen von dem höheren Kraftstoffverbrauch der dadurch ausgelösten Verkehrsströme). Aber viel wichtiger als die Presse zugepielten Landkarten sind die Veränderungen in den Zuständigkeiten von Land, Kreisen und Städten/Ämtern/Gemeinden. Denn ein Hauptopfer wird der Naturschutz sein. Aus den Leitlinien, die im Internet einsehbar sind, wird ersichtlich, dass nahezu alle naturschutzrelevanten Aufgaben an die Kreisebene abgegeben werden sollen. Lediglich die Übertragung der Naturparks an die Kreise soll noch mal diskutiert werden. Bei der sehr schmalen Finanz- und Personalausstattung sowie angesichts dessen, dass fast alle Naturparks Gebiete mehrerer Kreise umfassen, lässt sich offenbar auch für etliche Befürworter dieser Reform an dieser Stelle kein Sinn erkennen, weil keine Einsparung erfolgt. Im Gegenteil: Es müssen ja dann Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Kreisen entwickelt werden und das wird nicht billiger als im jetzigen Zustand. Nationalparks und Biosphärenreservate sind zudem international bedeutsam und ein zu hohes Gut für Provinzfürsten. Deren Zusammen-

schluss, der Landkreistag, fordert auch noch die Zuständigkeit der Landkreise für die Gelder, mit denen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz finanziert werden.

Zeitgleich wird bekannt, dass die Naturschutzverwaltung des Landes zerschlagen werden soll. Damit wird fachlicher



Frankfurt Oder- bald nicht mehr kreisfreie Stadt, sondern Kreisstadt?

Sachverstand „freigesetzt“, der sich in dieser Art nicht wieder wird bündeln lassen. Die Mitarbeiter werden sich bei den Landkreisen um neue Stellen bewerben können – aber zu welchen Bedingungen? Landrat Gernot Schmidt von Märkisch-Oderland erklärte jüngst dem RBB sein Anforderungsprofil für den von ihm gewünschten Bibermanager: Zunächst müsse der „unideologisch“ sein und „mit den Menschen umgehen können.“ Klartext: Auf keinen Fall ein Naturschützer! (Übrigens: Sind Naturschützer überhaupt Menschen, Herr Schmidt?). Außerdem wird die fachliche Kompetenz der Leute aus dem LUGV so nicht genutzt: Der Ornithologe in der Prignitz wird sich dann auch mit Orchideen und Insekten befassen müssen, aber den Vögeln in der Lausitz nicht mehr helfen können. Es ist aber auch schon klar, wer die wenigen neuen Stellen in den Landkreisen bekommen wird: Forstbeamte. Die kann man vom Gesetz her nicht einfach in die Arbeitslosigkeit entlassen, aber

es gibt zu viele davon (weil massenhaft Wald privatisiert wurde), und die hoheitlichen Aufgaben der Forst sollen ja auch an die Landkreise gehen. Aber so viel ist da ja nicht mehr zu tun. Dazu kommt, dass die Naturschutzverwaltung dann nicht nur näher am Bürger, sondern vor allem näher am Landrat und an

all jenen in seinem Umfeld sein wird, denen Naturschutz ohnehin nicht passt. Innenminister Schröter hat in seinem Vorleben als Landrat die Zahl der Mitarbeiter in seinem Naturschutzamt von 1993 bis 2014 nahezu halbiert, obwohl die Arbeit eher mehr als weniger wurde. Es wird nicht mehr gemacht als erforderlich, sondern eher weniger. In Zeiten steigender Flüchtlingszahlen

und in naher Zukunft dank Globalisierung und Digitalisierung wieder steigender Arbeitslosenzahlen bei knappen Kassen werden die Prioritäten in den Lokalverwaltungen ganz andere sein, gerade im Kolchosenparadies Brandenburg.

Diese „Reform“ würde Brandenburg also zurückwerfen, vom Vorreiter im Natur- und Umweltschutz geht der Trend dann endgültig Richtung Schlusslicht. Daher sollten wir uns als Umweltverbände und engagierte viel stärker in diese Debatten einbringen. Parlamentarisch haben wir kaum auf Unterstützung zu vertrauen: SPD, „Linke“ und CDU stehen allem Geplänkel zum Trotz in diesen Punkten hinter Minister Vogelsänger. Also müssen wir allein für unsere Sache kämpfen und daher sollte unsere Stimme auch auf den Bürgerdialogen laut und deutlich zu vernehmen sein!

■ Heinz-Herwig Mascher

Foto: Norbert Wilke

# Wenn Konzerne den Protest managen – eine Tagung zu gesteuerten Bürgerinitiativen



Interessendurchsetzung der Konzerne

Foto: Norbert Wilke

Über Jahrzehnte haben Konzerne verschiedene Strategien entwickelt, um ihre Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen. Laut Transparency International gibt es kein Land in Europa, in dem der Lobbyismus so gut funktioniert wie in der Bundesrepublik. Doch der bisher übliche Lobbyismus in Brüssel, Berlin oder anderswo stößt an seine Grenzen, wenn Unternehmen mit zivilgesellschaftlichem Widerstand konfrontiert sind, wie er sich etwa gegen Großprojekte wie Tagebaue, Straßen, Bahnhöfe, Flughäfen, Gentechnik etc. formiert. Zunehmend fordert die Zivilgesellschaft nicht nur rechtsstaatlich korrekte und legale Entscheidungen ein, sondern auch gerechte und legitime. Unternehmen und Politik setzt das unter großen öffentlichen Druck. Als eine Reaktion weiten auch Konzerne und deren PR-Agenturen ihre Handlungsfelder in den zivilgesellschaftlichen Bereich aus, der bisher vor allem den Sozialen Bewegungen vorbehalten war. Und sie, die Unternehmen, tun dies häufig verdeckt. Öffentlichkeitswirksamen Proteste werden inzwischen von Investoren oder Projektentwicklern einkalkuliert. Es wird nicht mehr nur versucht, diese zu verhindern oder zu ignorieren. Vielmehr ist es das Ziel, „Argumente zu managen“, Proteste zu übertönen oder zu neutralisieren – jedenfalls wird aktiv versucht, um die Meinungshoheit im öffentlichen (Diskurs-)Raum zu kämpfen. In der Lausitz ist der Verein

„Pro Lausitzer Braunkohle aktiv“, der von lokalen Politikern gegründet wurde, also auch keine klassische Initiative „von unten“ ist. Kopiert wurde der Verein nun auch im Rheinischen Braunkohlerevier durch den Verein „Unser Revier - Unsere Zukunft an Rur und Erft“, gegründet ebenfalls im Wesentlichen von Lokalpolitikern und Lobbyisten. „Bürger für Technik“ schreiben Leserbriefe für die Atomindustrie, unterstützt von der „Kerntechnischen Gesellschaft“. Der Klimawandel wird von „Experten“ geleugnet, deren Theorien auf Studien der US-Ölindustrie basieren. Die „Gesellschaft für Straßenbau“ unterstützt Bürgerinitiativen bei Umgehungsstraßen und sorgt dafür, dass „engagierte Unternehmen“ Millionenaufträge erhalten.

Dabei kommt den Unternehmen und ihren Agenturen entgegen, dass Interessen in der modernen Gesellschaft weit ausdifferenziert sind. Neue Technologien und Vorhaben stoßen deshalb tatsächlich bei kleineren oder größeren Gruppen auf Akzeptanz – eine Gruppe von Befürwortern findet sich meist. Dies machen sich Unternehmen zunutze, indem sie derartige Gruppen unterstützen oder gar initiieren (wie es etwa in der Auseinandersetzung um den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof mit der Kampagne „I love S21“ zu beobachten war). Konzerne und PR-Agenturen nutzen außerdem aus, dass zivilgesellschaftliche Aktionsformen

(Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen etc. pp.) per se ein positives Image besitzen – wessen Interessen damit vertreten werden, ob sie selbstlos sind und dem Gemeinwohl dienen, wird selten hinterfragt.

Diese neuen Unternehmensstrategien werden bisher weder von betroffenen „echten“ Bürgerinitiativen, noch von Journalisten und Medien ausreichend ernstgenommen und analysiert. Deshalb findet am 26.09. zu diesem Thema ein Schwerpunkttag an der HU in Berlin statt. Neben der Aufklärung über diese Prozesse, in denen ökonomische Interessen mit den Mitteln der Zivilgesellschaft durchgesetzt oder unterstützt werden sollen, geht es insbesondere darum, erfolgreiche Gegenstrategien zu beleuchten und bekanntzumachen. Inzwischen haben wir schon rund 30 Workshops und Vorträge auf der Agenda: Vom Umgang mit Lobby-Petitionen bis hin zu Strategien gegen Klimawandelleugner und Kohlebefürworter, von Pseudo-Organisationen im Internet bis hin zu echten und falschen Patienteninitiativen. Mit dabei sind unter anderem auch Jason Kirkpatrick zu Spionage von Konzernen gegen Bürgerinitiativen und Michael Wilk, der über Dialogfallen berichten wird.

Die Tagung findet am **26. September** von 10 bis 18.30 Uhr an der Humboldt Universität in Berlin statt. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur kostenlosen Anmeldung gibt es unter: [www.konzernprotest.de](http://www.konzernprotest.de)

■ Daniel Häfner

**STOP  
TTIP  
CETA**

**SA. 10. OKT. 12 UHR BERLIN/HBF  
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!**

**DEMO**

# Der Rechtsschutz im Umweltrecht in der Praxis

Mit 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Praxis der Umweltverbandsklage fand am 9. und 10. Juli 2015 die vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) e.V. im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) organisierte Tagung „Der Rechtsschutz im Umweltrecht in der Praxis“ in der GLS Schule in Berlin statt: Verschiedene ausgewählte Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltverbänden, Behörden und Vorhabensträgern sowie der Anwalt- und Richterschaft traten in einem zweitägigen fachlichen Austausch über die derzeitige Ausgestaltung der Umweltverbandsklage, um diese aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten. Dabei stand insbesondere die Diskussion über die möglichen Umsetzungserfordernisse der völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Aarhus Konvention (AK) im Fokus.

Prof. Dr. Thomas Bunge, Honorarprofessor an der TU Berlin, gab zunächst in seinem einführenden Vortrag einen Überblick über den aktuellen Stand des Rechtsschutzes in Umweltangelegenheiten in Deutschland und stellte insbesondere die bisherige Umsetzung des Art 9. AK in Deutschland sowie mögliche Umsetzungserfordernisse vor. Anschließend wurden in Arbeitsgruppen zeitgleich drei für die Praxis besonders wichtige Themenfelder der Umweltverbandsklage erörtert und deren Ergebnisse im Plenum vorgestellt. Die von Prof. Dr. Bernhard Wegener, Universität Erlangen, moderierte AG beschäftigte sich dabei mit dem Thema „Art. 9 Abs. 2 und 3 der Aarhus-Konvention – Umsetzung ins nationale Recht und Defizite der bestehenden Regelungen“. Deutlich wurde dabei, dass die Umsetzung des Art. 9. Abs. 3 der AK in Deutschland noch nicht abgeschlossen ist. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat in seiner aktuellen Rechtsprechung nur in spezifischen Einzelfällen eine völkerrechtskonforme Auslegung der deutschen Regelungen zur Klagebefugnis vorgenommen. Es bestand Konsens darüber, dass eine Entscheidung des Gesetzgebers, in diesem Bereich tätig zu werden und

eine völkerrechtskonforme Anpassung vorzunehmen, noch aussteht. Hinsichtlich des Umfangs der erforderlichen Implementierung ins nationale Recht gingen die Meinungen jedoch teilweise weit auseinander.

Prof. Dr. Alexander Schmidt, Hochschule Anhalt, moderierte die AG zum Thema „Präklusion und Kosten des Rechtsschutzes – Unzulässige Einschränkung oder legitime Ausgestaltung des Rechtsschutzes“. Dabei wurde unter anderem diskutiert, welche Möglichkeiten andere Rechtsordnungen vorsehen, das Kostenrisiko bei Umweltklagen vorhersehbarer zu gestalten. Im deutschen Diskurs besteht insbesondere aufgrund der vor Prozessbeginn nicht absehbaren Gutachterkosten hier eine hohe Unsicherheit. Die Möglichkeiten, durch spezielle Umweltgerichte, die eigene Gutachter beschäftigen, die Kosten für beide Parteien des Rechtsstreits zu vermindern, wurde ebenso diskutiert wie die stetige Übernahme der eigenen Kosten – sowohl im Falle einer Niederlage als auch des Obsiegens vor Gericht.

Daniel Lamfried und Kathleen Liehr vom Umweltbundesamt leiteten die AG „Zur Anerkennung von Umweltverbänden – Das Verfahren und offene Fragen in der Praxis“. Dabei wurde sich etwa mit der Frage auseinandergesetzt, welche Voraussetzungen „einzelfallbezogene“ Vereinigungen, die nur aufgrund eines bestimmten Vorhabens gegründet wurden, erfüllen müssen, um als Vereinigungen im Sinne des §3 UmwRG anerkannt zu werden. Das Problem bestehe darin, dass es faktisch schwer überprüfbar sei, ob diese Vereinigungen tatsächlich Ziele des Umweltschutzes verfolgen.

Nach dem Report der Arbeitsgruppenergebnisse hatten die Anwälte und Anwältinnen der Vorhabenträger auf der einen und der Umweltverbände auf der anderen Seite die Gelegenheit, ihre Sicht auf die Praxis der Umweltverbandsklage darzustellen. Es sprachen die Rechtsanwältinnen Dr. Frank Fellenberg sowie Dr. Roda Verheyen und Peter Kremer über ihre praxisbezogene Sichtweise zum

Umweltrechtsschutz. Sichtlich verschieden wurde hierbei über die jeweilige Wahrnehmung der Verbandsklage und ihrer Auswirkungen aufgeklärt.

■ Karl Stracke

## Leitfaden Alleenschutz

In Zusammenarbeit mit dem Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände (Brandenburg) hat der IDUR einen Leitfaden bzw. Musterstellungnahme zum Thema Alleenschutz in Brandenburg erstellt. Hintergrund dieses Leitfadens ist, dass trotz des gesetzlichen Schutzes für die brandenburgischen Alleen nach wie vor zahlreiche Ursachen zum Sterben von Alleebäumen führen.

Der Leitfaden soll helfen, schnell und unkompliziert, Stellungnahmen zu schreiben. Da allgemeine Formulierungen grundsätzlich nicht auf den Einzelfall passen, gliedert sich dieser Leitfaden in einen rechtlichen und einen fachlichen Teil. Ein Prüfungsschema soll dann eine Selektion der vorangegangenen Inhalte für die jeweilige Stellungnahme ermöglichen.

Bei Interesse kann der Leitfaden im Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände bestellt werden:

<http://www.landesbuero.de>,

Tel.: 0331/201 55 50

■ Norbert Wilke

IDUR 

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

---

IDUR INFORMATIONSDIENST  
UMWELTRECHT E.V.  
NIDDASTRASSE 74  
60329 FRANKFURT/MAIN  
TEL.: 069-252477  
FAX.: 069-252748  
E-MAIL: INFO@IDUR.DE  
WWW.IDUR.DE

# Bevölkerung sagt mehrheitlich Nein zu TTIP

**Doch die Europaabgeordneten stimmen mehrheitlich dafür.**

Am 8. Juli sprachen sich die Abgeordneten bei der Abstimmung im Europaparlament mehrheitlich für das Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA aus, und zwar mit 436 zu 241 Gegenstimmen. Es waren hauptsächlich die Abgeordneten der Konservativen und Liberalen, die mit Ja votierten. Die europäische Sozialdemokratie zeigte sich gespalten. Teile von ihnen sowie die Fraktionen von Grünen und Linken stimmen dagegen.

War das wirklich Volkes Wille, dem die EU-Parlamentarier mit ihrer Entscheidung entsprachen? Dass es in vielen Ländern eine Mehrheit gegen TTIP gibt, selbst der österreichische Bundeskanzler, Werner Faymann, sich dagegen ausspricht, aus der Wirtschaft und von politischen Entscheidungsträgern diesseits und jenseits des Atlantiks Widerspruch kommt sowie massive Bürger/innen Proteste folgten, ließ sie wohl kalt. Jedenfalls wird diese Entscheidung nicht widerspruchlos hingenommen: Der Widerstand geht nun in die heiße Phase.

## Merkwürdiges Demokratieverständnis

Der Selbstorganisierten Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP verweigerte die Europäische Kommission unter fadenscheinigen Begründungen die Anerkennung. Sie wird ihre Arbeit aber trotzdem weiterführen. Sie hat europaweit bereits rund 2,4 Millionen Unterschriften gegen TTIP und das weitere geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA, gesammelt. Dabei hätten laut Gesetz eine Million Unterschriften ausgereicht, um die EU Kommission dazu zu zwingen, sich wenigstens die Argumente der TTIP-Kritiker anzuhören.

Unbeeindruckt von der weit verbreiteten Ablehnung kündigt Bundeskanzlerin Angela Merkel regelmäßig an, die Verhandlungen sollen bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Gebetsmühlenartig werden immer wieder Argumente von erwartetem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen aufgrund der Abkom-



Stoppt TTIP - Themenwagen auf der Demo gegen Massentierhaltung in Berlin

Foto: Norbert Wilke

men angeführt, die aber längst widerlegt wurden und von Befürwortern aufgrund ihrer Haltlosigkeit wieder zurückgenommen und von entsprechenden Websites gelöscht werden mussten.

## Ein Fauler Kompromiss

„Mit ihrer Resolution haben die Parlamentarier die Gelegenheit verpasst, der Aushöhlung unserer Demokratie durch Freihandelsabkommen und Konzernklagerechten einen Riegel vorzuschieben“, bringen die zivilgesellschaftlichen Bündnisse TTIP unfair Handelbar und Stop TTIP ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Herausgekommen sei ein merkwürdiger „Kompromiss“: Sogar die umstrittenen Schiedsgerichte lehnte das Parlament nicht ab, gefordert wird lediglich eine Art „Investorenschutz light“. Ginge es nach dem Willen des Parlaments, könnten Konzerne in Zukunft noch immer Staaten auf Schadensersatz verklagen – wenn auch nicht mehr vor privaten, sondern vor öffentlichen Schiedsgerichten, wird kritisiert.

Es geht den Kritikern nicht grundsätzlich um die Ablehnung von Freihandelsabkommen. Es sind insbesondere die Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS), die Teil des Abkommens sein werden und Stein des Anstoßes sind. Diese ermöglichen privaten Investoren, Staaten vor umstrittenen Schiedsgerichten

zu verklagen, wenn nationale Gesetze oder Regelungen die Profitinteressen von Konzernen gefährden. Hier sehen Kritiker Gefahren für den Rechtsstaat, die Demokratie, den Verbraucherschutz, die Lebensmittelsicherheit und die Kultur. Ein aktuelles Beispiel ist der Disput zwischen der österreichischen Firma Holzindustrie Schweighofer und der rumänischen Regierung. In einem Schreiben des Wiener Unternehmens an den rumänischen Ministerpräsidenten Victor Ponta droht das Holzfällerunternehmen unverhohlen mit einer Klage vor dem Investor-Staat-Schiedsverfahren in Washington. Dem rumänischen Staat wird eine Schadensersatzforderung von jährlich 150 Millionen Euro angedroht. Könnte sich das Wiener Holzfällerunternehmen durchsetzen, würde es den öffentlichen Haushalt des Landes erheblich belasten. Hintergrund ist ein neues, angeblich „restriktiveres Forstgesetz“, das die Handlungsfreiheit der Österreicher einschränkt, merkt Reinhard Behrend von Rettet den Regenwald an. „In Rumäniens Wäldern herrscht das Recht des Stärkeren. Aggressive Großunternehmen aus dem Ausland drängen kleine, lokale Sägewerke aus dem Markt.“ Dies gebe einen Vorgeschmack auf TTIP und CETA. Die Abkommen gefährden die Umwelt weltweit: Konzerne können Staaten verklagen, die Pflanzen, Tiere, Boden, Luft und Wasser besser schützen wollen,



Motivierte Demoteilnehmerin von attac

Foto: Norbert Wilke

warnen die Regenwaldschützer. Es wird vermutet, dass Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Obama die Freihandelsabkommen schnellstens umsetzen möchten, damit die öffentliche Diskussion dazu nicht den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 und die Bundestagswahl 2017 belastet.

### Geheimniskrämerei

Informationen aus den geheim geführten Verhandlungen kamen oft nur durch Whistleblower an die Öffentlichkeit. Nach Protesten gegen diese Geheimniskrämerei startete die EU-Kommission eine Transparenzoffensive, die aber alles andere als transparent ist. Es wurden lediglich ausgewählte Dokumente und Absichtserklärungen veröffentlicht. Nun fordert sogar Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), dass die US-Botschaft allen Bundestagsabgeordneten Einsicht in die Verhandlungsprotokolle gewährt, was bisher nur ausgewählten Personen vorbehalten blieb. „Das Parlament braucht unmittelbare Kenntnis des Verhandlungsverlaufs, denn schließlich sollen die Ergebnisse in ein Gesetz münden. Ich bin im Kern ein Befürworter des Freihandelsabkommens, aber wenn ich von Informationen ausgeschlossen werde, macht mich das skeptisch“, beschwert sich der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Peter Ramsauer (CSU) in einem Zeitungsinterview. „Die grundsätzliche Frage, warum Konzerne in Staaten mit funktionierenden Rechtssystemen überhaupt Sonderklagerechte erhalten sollen, bleibt unbeantwortet. TTIP und CETA bleiben absolut nicht

zustimmungsfähig“, so Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE. In einem Schreiben von Dr. Till Holterhus vom Institut für Völkerrecht und Europarecht der Universität Göttingen an die Verbraucherschutzorganisation foodwatch, verfasst nach Analyse des bereits ausgehandelten Entwurfs zu CETA sowie des im Mai veröffentlichten Entwurfs eines Regulierungskapitels zu TTIP, heißt es: „Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA sehen bislang keine parlamentarischen Mitbestimmungsrechte des Europäischen Parlamentes bei der geplanten regulatorischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA oder Kanada vor“. Demnach muss das Europäische Parlament nur einmalig seine Zustimmung geben, damit die Freihandelsabkommen in Kraft gesetzt werden können.

Fazit: Diese Art Politik bestätigt leider immer wieder die von kritischen Bürger/innen geäußerten Befürchtungen: Die Politiker machen doch nur, was sie wollen.“ Dem sollte entschieden entgegengetreten werden. Sonst wird sich noch mehr Europaskepsis und Politikverdrossenheit verbreiten.

■ Volker Voss

Weitere Informationen:  
[www.ttip.demo.de](http://www.ttip.demo.de)

## Stellungnahme der Umweltverbände

Die gemeinsame Stellungnahme der Umweltverbände Berlins und Brandenburgs zum Entwurf der Aktualisierung des Bewirtschaftungsplanes für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe für den Zeitraum von 2016 bis 2021 mit Maßnahmenprogramm und Umweltbericht 2015 mit dem Schwerpunkt Braunkohletagebau und braunkohlebergbaubedingte Auswirkungen ist auf der Internetseite der Bundeskontaktstelle Braunkohle der GRÜNEN LIGA unter

[http://www.wrrl-info.de/docs/stellungnahme\\_braunkohle\\_15.pdf](http://www.wrrl-info.de/docs/stellungnahme_braunkohle_15.pdf) als Download bereitgestellt.

Weiterhin wurde am 16. September im Potsdamer Haus der Natur auf einer Pressekonferenz der „Masterplan für die ökologische Sanierung der Spree und ihrer Zuflüsse“ vorgestellt. Michael Bender von der Bundeskontaktstelle Wasser vertrat die GRÜNE LIGA auf der von Journalisten gut besuchten Veranstaltung. Der von den Berliner, Brandenburger und Sächsischen Landesverbänden von NABU, BUND, GRÜNER LIGA und den NaturFreunden getragene Masterplan beinhaltet erste, konkrete Maßnahmen, um die weitere Verockerung der Spree zu stoppen. So sollen in zahlreichen Bereichen Dichtwände errichtet werden um eine Ausbreitung des Eisenhydroxids und der Sulfate zu verhindern. Talsperren müssen kontinuierlich von Eisenschlamm befreit werden, eine Verklappung der Schlämme in intakte Binnengewässer wird abgelehnt. Ebenso werden keine „Opferstrecken“ für den Eisenschlamm durch den Spreewald akzeptiert. Die unterzeichnenden Verbände fordern die Landespolitiker auf, umgehend einen Maßnahmenkatalog gegen die Spreeverockerung zu verabschieden. Hierbei sollen alle Träger von Belangen und die Öffentlichkeit beteiligt und einbezogen werden. Der Masterplan ist zur Zeit noch nicht auf unserer Internetseite einsehbar, kann aber bei Bedarf bei der Landesgeschäftsstelle angefordert werden.

■ Norbert Wilke

# Rückblick auf die Krötenwandersaison 2015



Krötenwandersaison im Winter

Foto: Norbert Wilke

Es war eine ganz „normale“ Krötensaison in diesem Jahr. Der Zaunbau an unseren Abschnitten im Oberhavelkreis erfolgte am 7. März am Flächennaturdenkmal Jordansee und am 9. März zwischen Gransee und Schönermark und damit eine Woche später als in den Vorjahren. Der Februar 2015 zeigte sich als kalter Wintermonat und somit bewegte sich der Termin des Zaunbaus im normalen „langjährigen Mittel“. Erneut unterstützten uns zahlreiche ehrenamtliche Helfer, sogar aus Potsdam war Unterstützung angereist. Dennoch hätten wir mehr Helfer gebraucht, ohne den Einsatz des Pfluges der Firma Schönberg hätten wir den Zaunbau an diesem Tag nicht beenden können. Der demografische Wandel macht auch um uns keinen Bogen. Dennoch war die Stimmung gut und für Verpflegung war gesorgt.

Die Betreuung der Zäune wurde durch Terminabfragen im Internet organisiert und konnte ebenfalls über den gesamten Zeitraum bis zum Abbau der Zäune am 2. Mai gewährleistet werden. Der März war relativ kühl und die Wanderung lief schleppend an. Erst zum Monatsende kam feuchtere und mildere Luft und vom 25. März bis zum 30. März stiegen die Zahlen der Hauptwanderart von 402 Moorfröschen auf 923 Moorfröschen am Tag. Anfang April kam der Winter zurück und Eis und Schnee brachten die Wanderung komplett zum Erliegen. So mussten am 30. März die Frösche und Kröten unter dem Schnee in den Fangeimern entnommen werden, da in der ersten Nachthälfte noch mildere

Temperaturen herrschten und die Tiere wanderten. Am 12. April fanden sich noch einmal 486 Moorfrösche in den Eimern, danach gingen die Zahlen langsam zurück. Der April war viel zu trocken und die Nachttemperaturen zu gering. Dennoch sind die Zahlen der gefangenen und zu den Gewässern gebrachten Tiere beachtlich hoch und überschreiten die Vorjahresergebnisse deutlich. Die Hauptwanderart Moorfrosch erreichte 6.400 Tiere, auch die Zahl von 2.000 Teichmolchen ist bemerkenswert. Stark rückläufig war die Anzahl der wandernden Kammmolche die lediglich 100 erreichte, Dafür konnten erstmals seit Jahren wieder Grasfrösche nachgewiesen werden.

Mehr als 11.000 gerettete Amphibien haben den Aufwand gerechtfertigt und sind ein schönes Ergebnis unserer jahrelangen Schutzbemühungen. Das trockene Sommerhalbjahr stellt uns allerdings vor eine neue Herausforderung. Der Jordansee als Laichgewässer droht trocken zu fallen und zu verlanden, schon jetzt ist kaum noch eine freie Wasserfläche vorhanden. Hinzu kommt, dass es keine Staumöglichkeit mehr gibt, nachdem Unbekannte den Staukopf, dessen Abdeckung verschlossen war, mit Gewalt herausgerissen hatten, um die Staubretter zu entfernen. Seitdem läuft das wenige Wasser ungehindert ab. Das ist aber schon wieder ein neues Projekt für das Winterhalbjahr.

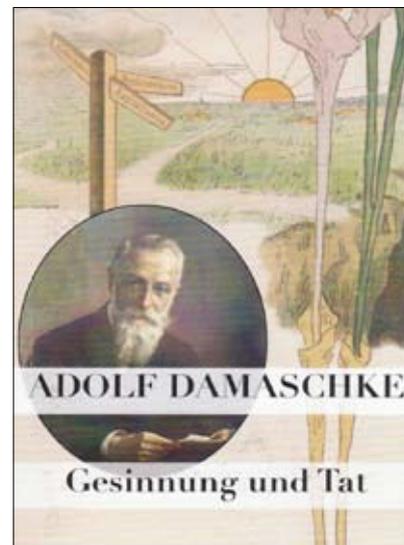
■ Norbert Wilke



Adolf Damaschke Bank in Potsdam

Foto: Norbert Wilke

## Adolf Damaschke – Gesinnung und Tat



Cover des neuen Buches

Foto REGIA Verlag

Oft liest man diesen Namen in Brandenburg, da gibt es Damaschkestraßen, -plätze und -wege, Damaschkebänke und Damaschkeebäume und nicht zuletzt Damaschkesiedlungen. Wer aber war Adolf Damaschke? Im Jahr 1898 gründete er den Deutschen Bund der Bodenreform um der Bodenspekulation die in Folge des Deutsch-Französischen Krieges immer weiter um sich griff. Deren Vorsitzender blieb er bis zu seinem Tod im Jahr 1935. Siedlungsgesellschaften und Mietergenossenschaften sollten als gesellschaftliches Gegenmodell zur Grundanhäufung in den Händen weniger Grundbesitzer entwickelt werden. Pünktlich zum 150. Geburtstag des Reformers hat nun Klaus Hugler ein Buch zu seinem Wirken geschrieben welches im REGIA Verlag Cottbus erschienen ist.

Klaus Hugler ist es wichtig, das Wirken Damaschkes als Richtlinie für künftiges Handeln darzustellen und nicht als Teil einer weit zurück liegenden Erinnerungskultur.

Das Erbe Damaschkes ist auch durchaus noch lebendig. Die EDEN Genossenschaft in Oranienburg wurde von seinen Anhängern gegründet und existiert noch heute als Genossenschaft; die 1922 in Potsdam gegründete Eigenheimsiedlung ist noch in ihren Gründungsmustern erkennbar.

■ Norbert Wilke

## Dr. Barbara Uebel verstorben

Barbara Uebel ist an den Folgen eines Schlaganfalls verstorben. Sie gehörte zu den Mitbegründern der Freien ArbeiterInnen Union in der DDR, einer anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung. Barbara wandte sich von den neuen Verhältnissen im Land ab, verließ Berlin und zog in einen Wohnwagen am Dranser See bei Schweinrich um ein freies und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Realität holte sie aber schnell ein, als die Pläne für ein Bombodrom in der Region bekannt wurden. Sie gehörte von Anfang an zu den AktivistInnen der sich gründenden BI FREIE HEIDE und trug den Widerstand bis zum Erfolg der Bürgerbewegten all die Jahre mit, als Friedensaktivistin



Barbara Uebel auf einer Demonstration der freien Heide

vertrat sie die BI auf Veranstaltungen, sie organisierte selbst Seminare und Veranstaltung zum Thema Frieden und Gewaltfreiheit. Im August 2002 wurde sie Mitglied der GRÜNEN LIGA. Barbara befasste sich mit der Frage, wie man seine Ideen in die Bevölkerung transportieren kann, sie entwickelte Diskussionsmodelle und Konzepte. Noch in diesem Jahr engagierte sie sich gegen die geplante Massentierhaltung im Raum Schweinrich und setzte sich für das Volksbegehren gegen Massentierhaltung ein. Sie wird uns als aktive Mitstreiterin sehr fehlen.

■ Norbert Wilke

Foto: Norbert Wilke

## Werde Mitglied der Grünen Liga Brandenburg e.V.



Einzelmitglied	<input type="checkbox"/>	25,00 Euro / Jahr	oder ermäßigt	<input type="checkbox"/>	12,50	Euro / Jahr
Fördermitglied	<input type="checkbox"/>	ab 50,00 Euro / Jahr	Gruppenmitglied	<input type="checkbox"/>	75,00	Euro / Jahr

Vor- / Zuname:

KontoinhaberIn:

Adresse:

Kreditinstitut:

E-Mail-Adresse:

BIC:

Telefon:

Geb.-Datum:

IBAN:

### Ich zahle per SEPA-Lastschrift und erteile eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Lastschriftmandat für die:

Grüne Liga Brandenburg e.V., Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Ich ermächtige die Grüne Liga Brandenburg e.V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Grünen Liga Brandenburg e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt. Die Einzugsermächtigungen / das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich/Wir möchte(n), dass der Beitrag bis auf Widerruf von meinem/ unserem Konto abgebucht wird

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto der Grünen Liga Brandenburg e.V.

IBAN: DE22 1806 2678 0000 0550 00 BIC: GENODEF1FWA

Datum / Ort

Unterschrift

Hinweis: Satzung und Beitragsordnung sind auf unsere Internetseite [www.grueneliga-brandenburg.de](http://www.grueneliga-brandenburg.de) einzusehen.

# Einladung zur Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA Brandenburg

Am Samstag dem 21. November 2015 findet im Reimar-Gilsenbach-Saal (3. Stock) im Haus der Natur in Potsdam, Lindenstraße 34, unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Hierzu möchten wir Euch herzlich einladen. Beginn ist um 14.00 Uhr (!). Unsere Mitgliedsgruppen haben die Möglichkeit bis zur Mitgliederversammlung einen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014 (bzw. einen Abriss für den Bericht 2015) schriftlich einzureichen, der dann als Anlage zum Rechenschaftsbericht aufgenommen werden kann. Die Berichte können auf der Mitgliederversammlung verlesen oder von den anwesenden Gruppenmitgliedern persönlich vorgelesen werden.

■ Norbert Wilke, Geschäftsführer

## Tagesordnung

14.00 Uhr

„Invasive Arten in Berlin und Brandenburg und deren Auswirkungen auf unser Ökosystem“, Prof. Dr. Ingo Kowarik (Berliner Stadtssenat/angefragt)

15.00 Uhr

Kaffeepause

15.30 Uhr

Formeller Einstieg

Festlegung der Moderation und der Protokollführung

Feststellung der Beschlußfähigkeit  
Abstimmung der Tagesordnung.

15.35 Uhr

Rechenschaftsbericht 2015; Bericht der Geschäftsführung; Berichte aus den Mitgliedsgruppen; Gesellschafter treffen Landesbüro; Bestätigung der Gremienvertreter

16.00 Uhr

Finanzbericht und Haushaltsplan; Finanzbericht 2014; Bericht der Revisionskommission; Bestätigung des Haushaltes 2016

16.30 Uhr

Diskussion

18.00 Uhr

Ende der Veranstaltung

## VISIONEN HABEN

## HANDELN ANREGEN

## NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIELFALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIELFÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDEN ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN; SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGEHEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

## Impressum

Herausgeber und Verleger:  
GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.  
Haus der Natur  
Lindenstraße 34  
14467 Potsdam  
Tel.: 0331 - 20155 20  
Fax: 0331 - 20155 22  
potsdam@grueneliga.de  
www.grueneliga-brandenburg.de

### Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel,  
Michael Ganschow, Hannes Rasch,  
Katrin Fahrrenz (Libell Logo)  
Erscheinungsweise: quartalsweise

Preis: 1,00 Euro

bei Mitgliedern im Beitrag enthalten

Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindungen:

Inhaber: Grüne Liga Brandenburg e.V.

VR Bank Lausitz

IBAN

DE22 1806 2678 0000 0550 00

BIC: GENODEF1FWA

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge müssen nicht die Meinung  
der Redaktion wiedergeben.  
Nachdruck und Weiterverbreitung  
der Texte nur mit vorheriger  
Genehmigung der Redaktion.